

grüße ich mit Freuden, daß die nationalliberale Fraktion in ihrer Gesamtheit demselben Wunsche Ausdruck gegeben hat, den ich schon in früheren Landtagen öfters geäußert habe, der aber bis jetzt noch wenig Gehör bei der Regierung gefunden hat. Er betrifft die Herbeiführung größerer Einfachheit in der Verwaltung der Eisenbahnen. Ich bin sehr erfreut, daß die nationalliberale Fraktion mit mir der Ansicht ist, daß es überflüssig ist, neben der Generaldirektion noch Eisenbahndirektionen zu haben. Entweder das eine oder das andere. Eins ist überflüssig. Im Publikum ist man ganz allgemein der Ansicht, daß die Verwaltung unserer sächsischen Staatsbahnen eine höchst komplizierte und infolgedessen auch eine sehr teure ist, und es kann nicht stark genug betont werden, daß hier eine Vereinfachung notwendig ist und daß damit eine Verbilligung von selbst stattfinden wird.

Nicht mit dem Ordentlichen Etat, sondern mit dem Außerordentlichen hängt es zusammen, wenn ich auf die Tarifgemeinschaften zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sprechen komme. Bei dem Baue der Leipziger Bahnhöfe werden diese Tarifgemeinschaften von der Baubehörde nicht respektiert. Es liegt nach meinem Dafürhalten im Staatsinteresse, daß da, wo zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern Abmachungen über die Höhe der Löhne getroffen sind, diese auch vom Staate möglichst geschützt werden. Meine Herren! Solche Abmachungen über die Höhe der Löhne pflegen nicht gemacht zu werden von heute auf morgen, so im Handumdrehen, und, ich will einmal sagen, aus einer gewissen Gutmütigkeit heraus, der anderen Partei etwas zuzuwenden, sondern sie sind gewöhnlich das Resultat schwerer Kämpfe. Wenn es durch solche Abmachungen aber verhindert werden kann, daß weitere wirtschaftliche Kämpfe, wie wir sie ja leider Gottes jetzt immer öfter erleben, auftreten, dann meine ich, ist doch dem Staate und der Gesellschaft damit ein großer Dienst geleistet, ein Dienst, den man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Der Staat sollte solche Tarifgemeinschaften möglichst zu fördern und zu unterstützen suchen. Und da, wo sie unter gegenseitigen Opfern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — jeder hat seine Ansprüche zurückschrauben müssen — bestehen, sollte man sich dessen freuen, und wo man sie unterstützen kann, soll man sie unterstützen. Bei den Leipziger Bahnhofsbauten, wo der sächsische Staat 50 und noch mehr Millionen verbaut, ist ein derartiger Schutz leider nicht vorhanden. Wir haben reichliche Mittel bewilligt, um die Arbeiten dort zu Preisen ausführen zu können, wie sie unseren sächsischen Kulturverhältnissen entsprechen. Nun sollte man meinen, die Arbeiten würden so ausgeschrieben, daß diejenigen Unternehmer, die einheimische Arbeiter zu orts-

üblichen Löhnen beschäftigen, berücksichtigt werden müßten vor denen, die Arbeiter zu geringen Löhnen, namentlich Ausländer, Polen, Italiener u. dgl. minderbedürftige Arbeiter, beschäftigen. Das ist aber nicht der Fall. Trotz der Petitionen seitens der Arbeiter, trotz der Petitionen der Arbeitgeber wird in Leipzig genau so — ich möchte sagen — fortgewurstelt wie bisher: derjenige, der die billigste Arbeit liefert, derjenige, der die Löhne am niedrigsten drückt, der die meisten Ausländer beschäftigt, bekommt die Arbeit, und unsere Leipziger Gewerke und Arbeiter werden hintangesezt, die können nicht mit, sie mögen zusehen, wo sie bleiben. Meine Herren! Wenn die Leipziger Unternehmer durch den Tarifvertrag gezwungen sind, 60 Pf. Lohn den Maurern zu zahlen und 44 Pf. und darüber den Arbeitern, so können sie doch unmöglich mit konkurrieren, wenn fremde Unternehmer auftreten, die ihre italienischen Arbeiter mit 28, 30 oder 35 Pf. und die Maurer mit etwa 45 Pf. bezahlen. Es kann nicht im Interesse des Staates liegen, Ausländer, die sich schließlich nur von Reis und ähnlichem nähren und Millionen von Mark, die sie hier als Löhne einheimischen, nach Hause schicken, zu unterstützen, während unsere hiesigen Arbeiter das Nachsehen haben. Meine Herren! Solange Industrie, Handel und Wandel sehr viel Arbeitskräfte gebraucht, kann man das ja allenfalls noch mit ansehen; es kommen aber Zeiten, namentlich im Winter, wo alles daniederliegt; dann müssen sich unsere hiesigen Arbeiter auf Notstandsversammlungen beschränken; sie laufen den Behörden die Türen ein, verlangen Notstandsarbeiten, und draußen arbeiten Tausende und Aber-tausende von Italienern, Polen und Tschechen und schleppen den Lohn weg. Das sind keine Verhältnisse, die auf die Dauer haltbar sind, hier müßte die Regierung eingreifen, hier müßte der Staat die einheimischen Unternehmer und die einheimischen Arbeiter schützen und müßte sagen: derjenige Unternehmer, der nicht die ortsüblichen Löhne bezahlt, hat keinen Anspruch auf Übertragung von Staatsarbeit. Leider aber gilt hier als oberster Grundsatz: wer am billigsten liefert, der kriegt die Arbeit, mag dabei stürzen, was stürzen will.

Meine Herren! Diese fremden Arbeiter bilden auch eine nationale Gefahr, und darin stimme ich mit dem Herrn Abg. Kreßschmar vollständig überein: jeder Tscheche, jeder Pole, jeder Italiener verdrängt einen deutschen Arbeiter, und wenn vielleicht in der Großstadt dadurch zunächst keine Arbeitsnot entsteht, so haben wir doch Gegenden unseres Vaterlandes, die zwar natürlich nicht so billige Arbeitskräfte liefern würden, wie das Aus-land, die aber doch in der Lage wären, wenigstens deutsche Arbeitskräfte zu liefern. Und das wäre sicher